

Niederschrift SOZ/004/2015

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 09.06.2015

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
-----------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Albrecht Fleischer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Mitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied
Frau Anna-Lena Scheinig	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Heinrich Thalmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Frau Christel Zimmermann	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Kamal Kassem	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Frau Simone Berkmann	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Frau Nina Eckhardt	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Frau Ellen Knoop	SPD	Vertretung für Herrn Horst Erle
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Vertretung für Frau Silke Albers

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Frau Christa Heufes	Produktverantwortliche
Frau Katja Käschner	Schriftführerin

Herr Berardis eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 10.03.2015

0:00:30

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10.03.2015 gefassten Beschlüsse

0:00:50

Ein Bericht liegt nicht vor.

3. Informationen der Verwaltung

0:02:00

Informationen liegen nicht vor.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

0:02:20

Herr Gausmann berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

0:03:22

Herr Meier berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

0:05:20

Frau Knoop berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

0:06:22

Ein Bericht aus dem Familienbeirat liegt nicht vor.

8. Einführung des Sozialtickets durch den Kreis Steinfurt Vorlage: 217/15

0:06:55

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass der Beschluss des Kreisausschusses und Kreistages zur Einführung eines Sozialtickets nicht automatisch für die Stadt Rheine gilt, sondern dass es hierfür eines eigenen Beschlusses des Rates bedarf. Darüber hinaus wurde bezüglich der Frage der personellen Ressourcen Kontakt mit dem Leiter der Verkehrsgesellschaft Rheine, Herrn Zunker, aufgenommen. Der erstellte Vermerk über dieses Gespräch ist diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt. Herr Gausmann verdeutlicht das Problem, sollte die Stadt Rheine dem Sozialticket nicht beitreten, dass ein Bürger aus Neuenkirchen das Sozialticket nutzen kann, ein Rheinenser Bürger diese Bedingungen hingegen nicht nutzen kann.

Er empfiehlt dem Sozialausschuss, Kenntnis zu nehmen sowie an den zuständigen Bauausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Nach Klärung einiger Nachfragen fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, den Verweis an den zuständigen Bauausschuss zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Resolution zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund
Vorlage: 172/15**

0:12:16

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass neben dem Bund auch das Land NRW Adressat der Resolution sein sollte.

Nachdem die Resolution von den Fraktionssprechern und Fraktionssprecherinnen begrüßt wurde, fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die von der SPD-Fraktion vorgelegte Resolution zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund und das Land NRW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Ergebnisse der Runden Tisches
Hier: Einrichtung von Arbeitskreisen
Vorlage: 218/15**

0:15:49

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und berichtet von dem Treffen des Runden Tisches am 08.04.2015. Die Arbeitsgruppen zu den Themen Ehrenamt und Wohnen werden bereits am 25.06.2015 bzw. 23.06.2015 tagen.

Frau Floyd-Wenke von der Fraktion DIE LINKE wünscht mehr Informationen zu der Einrichtung der Arbeitsgruppen, insbesondere zu der Teilnahmemöglichkeit von Einzelpersonen sowie der Notwendigkeit, Wirtschaftsvereinigungen und Weiterbildungsinstitutionen und auch die Stadtteilbeiräte bei den Arbeitsgruppen einzubinden.

Auch Frau Overesch von der CDU-Fraktion fragt, inwieweit die Politik sowie die neu für Koordinationsaufgaben im Bereich Ehrenamt eingestellte Kraft beim Kreis Steinfurt, Frau Schmidt, eingebunden sei.

Herr Gausmann erläutert und beantwortet die vorgenannten Fragen, indem er nähere Informationen gibt und die Einbindung der vorgenannten Institutionen, der Stadtteilbeiräte und natürlich auch die Beteiligung von Frau Schmidt an den Arbeitsgruppen bejaht.

Anschließend fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss begrüßt die Ergebnisse des Runden Tisches und beschließt, folgende Arbeitsgruppen einzurichten:

1. Arbeitsgruppe Ehrenamt
2. Arbeitsgruppe Gesundheit
3. Arbeitsgruppe Bildung/Sprache
4. Arbeitsgruppe Wohnen
5. Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung
6. Arbeitsgruppe Arbeit

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: 220/15**

0:28:30

Herr Gausmann berichtet von der derzeitigen Situation zur Unterbringung von Flüchtlingen. Aktuell sind 474 betreute Flüchtlinge in 111 städtischen Einheiten untergebracht. Die Stadt Rheine war und ist weiterhin intensiv damit beschäftigt, geeignete Wohnungen zu erwerben und Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, da mit weiteren steigenden Flüchtlingszahlen zu rechnen ist.

Im Rahmen der Berichterstattung zur Flüchtlingssituation informiert Herr Gausmann über Facebook-Auftritte von ehrenamtlich tätigen Personen, die im öffentlichen Netz den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Fachstelle Migration Untätigkeit vorwerfen, unterstellen, dass man von dort menschenverachtend mit Personen mit Behinderungen umgehe und unzumutbare Unterkünfte anbiete. Auf einer ihrer Facebook-Seiten titulierte diese Person die Beschäftigten der Fachstelle als „Lagerleitung“. Diese Anschuldigungen können nicht kommentarlos hingenommen werden und deshalb werde auch in öffentlicher Sitzung der Ausschuss darüber informiert. Herr Gausmann betont die kompetente und engagierte Arbeit der Fachstelle Migration und weist darauf hin, weitere unberechtigte und erniedrigende, öffentlich gemachte Berichte den Ausschussmitgliedern auch in öffentlicher Sitzung mitzuteilen.

Die Sprecher und Sprecherinnen der Fraktionen stellen sich hinter die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fachstelle Migration und verurteilen die Facebook-Auftritte. Hingewiesen wird in diesem Rahmen auch auf die Notwendigkeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingshilfe/Migration Antrag Bündnis 90 Die Grünen
Vorlage: 219/15**

0:43:52

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Er weist dabei insbesondere auf die personelle Situation in der Fachstelle Migration hin. Weiterhin stellt er klar, dass es in der Stadt Rheine eine Vielzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter gibt, die etwas tun möchten. Wichtig dabei ist eine vernünftige Kooperation mit den beteiligten Institutionen wie Kirchengemeinden und Vereinen. Das ist mit der momentanen personellen Besetzung der Migrationsstelle neben der Alltagsarbeit in der Flüchtlingshilfe nicht leistbar. Somit greift die Verwaltung den Antrag der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN auf, eine Koordinierungsstelle einzurichten, wobei allerdings die Notwendigkeit gesehen wird, diese Stelle direkt in der Fachstelle Migration anzusiedeln.

Herr Berardis begrüßt ebenfalls die Ansiedlung der Stelle in der Verwaltung.

Frau Overesch merkt an, dass die CDU Fraktion eine Entscheidung heute noch nicht treffen möchte, da sie sich noch Nacharbeit zur Vorlage wünscht. Die heutige und zukünftige personelle Situation der Fachstelle gehe aus der Vorlage nicht deutlich hervor. Warum soll es eine Sozialarbeiterstelle sein, könne nicht auch eine Verwaltungsstelle in Betracht kommen?

Frau Brauer von der SPD-Fraktion begrüßt den Antrag und auch die Anbindung der Stelle an die Verwaltung.

Frau Floyd-Wenke – DIE LINKE kommentiert den Antrag des BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und bejaht die Notwendigkeit der Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe, weist aber darauf hin, dass gesetzliche Vorgaben weiterhin bestehen. Die Fraktion DIE LINKE sieht die Anbindung einer Koordinierungsstelle an einen freien Träger kritisch. Auch sie fordert die Verwaltung auf, baldmöglichst ihre Bedarfe zu definieren und unter Einbeziehung der Arbeitsergebnisse des Runden Tisches eine Vorlage, gegebenenfalls auch als Eilentscheid durch den Rat der Stadt Rheine beschließen zu lassen. Frau Floyd-Wenke stellt klar, dass die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe eine Aufgabe der Verwaltung sei und diese auch in die personelle Lage versetzt werden müsse.

Herr Fleischer - BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN - teilt mit, dass seine Fraktion im Gegensatz zum Antrag auch die Anbindung dieser Stelle an die Verwaltung befürwortet.

Herr Huesmann (FDP) schließt sich der CDU an und wünscht sich noch etwas Nacharbeit. Können die Arbeitskreise noch etwas abnehmen? Inwieweit kann Frau Schmidt vom Kreis Steinfurt eingebunden werden?

Frau Overesch ergänzt ihre Anmerkung und teilt mit, dass für eine Stellenausweitung/-besetzung eine Stellenbeschreibung erforderlich ist, damit ein Anforderungsprofil erstellt werden kann. Ist geprüft worden, ob eine Versetzung innerhalb der Verwaltung oder eine Krankheitsvertretung möglich ist?

Herr Gausmann macht klar, dass selbst für die Leitung der soeben beschlossenen 6 Arbeitskreise eigentlich kein Personal zur Verfügung steht. Krankheitsvertretungen sind schwierig, wurden soweit wie möglich umgesetzt.

Er schlägt dem Sozialausschuss vor, Kenntnis zu nehmen, die Beschlussfassung direkt an den Rat zu verweisen und die Verwaltung zu beauftragen, eine grobe Bedarfsübersicht/Stellenbeschreibung zu erstellen und die Möglichkeit der Abordnung einer anderen Person zu prüfen.

Herr Jansen von der CDU-Fraktion merkt an, dass eine Stelle zuviel da sei, wenn die neue Stelle geschaffen und der erkrankte Kollege aus der Migrationsstelle wieder einsatzfähig sei.

Herr Gausmann stellt klar, dass die neu zu schaffende Stelle zusätzliche, bisher nicht angefallene Tätigkeiten betreffen.

Er schlägt an dieser Stelle vor, eine Ergänzungsvorlage für den Rat zu erstellen. Dabei würde seitens der Verwaltung geprüft werden, ob eine Minimalaufteilung denkbar wäre, um Drittmittel zu erhalten. Der Hauptteil müsste jedoch bei der Verwaltung verbleiben. Grundsätzlich bleibt die Verwaltung bei der Auffassung, dass die Anbindung der Stelle bei der Verwaltung zu sehen ist.

Nach Abschluss der Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis, beauftragt die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung die in der Sitzung aufgeworfenen Fragestellungen zu erörtern, damit der Rat am 23.06.2015 einen Beschluss fassen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Zuschuss an den Verein Leben und Wohnen e.V. für Notfallplätze zur Kurzzeitpflege
Vorlage: 175/15**

1:13:06

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Der Sozialausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt ab Januar 2015 die Weiterbewilligung des städtischen Zuschusses an den Verein Leben und Wohnen e. V. für das Kurzzeitwohnen behinderter Kinder bis zum vierten Lebensjahr und über 18-Jähriger Menschen mit Behinderung aus Rheine bis zu einer Höhe von 2.900 €. Die Zuschuss-höhe ergibt sich wie bisher prozentual entsprechend des Anteils der Einsätze für Menschen mit Behinderung aus Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

14. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen - Mittelverwendung 2014 - 2015
Vorlage: 210/15

1:13:52

Herr Gausmann verweist auf die Ausführungen von Herrn Meier zum Arbeitskreis „Barrierefreies Bauen“, der innerhalb der Verwaltung mit Unterstützung des Beirates für Menschen mit Behinderung und des Seniorenrates tagte.

Darin wurde deutlich gemacht, dass die Mittel, die im Rahmen der schulischen Inklusion zur Verfügung gestellt werden, auch der Barrierefreiheit dienen sollen. Herr Gausmann stellt in Aussicht, dass der Fachbereich Jugend, Familie und Soziales noch nicht verbrauchte Mittel aus dem Jahr 2014 in Höhe von ca. 80.000 € zur Verfügung stellen wird.

Der am folgenden Tag stattfindende Schulausschuss wird sich mit der Vorlage beschäftigen, die Annetteschule sowie die Michaelschule jeweils mit Rampen auszustatten.

Da der Sozialausschuss der Beschlussausschuss ist, wird dieser Punkt in der nächsten Sozialausschusssitzung erneut behandelt werden.

Herr Meier erklärt, dass es für den Beirat für Menschen mit Behinderung wichtig sei, dass die Mittel auch tatsächlich für bauliche und nicht für schulische Maßnahmen verwendet werden.

Dieser Einstellung schließt sich Frau Overesch für die CDU-Fraktion an.

Der Sozialausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, die zur Verfügung stehenden Resthaushaltsmittel 2014 und die Haushaltsmittel 2015 entsprechend der durch die Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit“ erstellten Prioritätenliste für Maßnahmen betreffend Treff 100, Kinderschutzbund, Josef-Winkler-Zentrum sowie Schulische Inklusion einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Berichtswesen 2015, Stichtag 31.05.2015, Fachbereich Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Soziales
Vorlage: 216/15

1:17:35

Herr Gausmann erläutert die Veränderungen zum Layout des Berichtswesens. Anschließend berichtet er von den Abweichungen in den Produkten 220 – Leistungen zur Grundversorgung, Hilfen für Asylbewerber und 2204 – Betreuung von Migranten und Migrantinnen, verursacht durch den stetigen Anstieg der Asylbewerberzahlen sowie der Notwendigkeit, für die Betreuung der Flüchtlinge einen weiteren Hausmeister zu beschäftigen. Die Ausgaben für die Ausstattung der zusätzlichen Unterkünfte in Höhe von ca. 55.000 € sind noch in dem Produkt 2204

abgebildet, sollen aber möglichst aus dem 2 Millionen-Euro-Paket abgebildet werden, die der Rat im Februar 2015 zur Verfügung gestellt hat.

Herr Jansen von der CDU-Fraktion macht deutlich, welcher Kraftakt und welche Dimension die Flüchtlingsproblematik im Haushalt bedeuten und bekräftigt die Notwendigkeit der Resolution.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Soziales mit dem Datenstand zum 31.05.2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:24:00

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

17. Anfragen und Anregungen

1:24:30

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

18:30 Uhr

gez.

Berardis
Ausschussvorsitzender